

**Polizei und Digitalisierung – Herausforderungen für die  
Polizei, Auswirkungen auf den polizeilichen Arbeitsalltag**

**Beitrag zur 7. Bundesfrauenkonferenz**

**12.03.2018 – 13.03.2018 in Potsdam**

**- Es gilt das gesprochene Wort –**

Liebe Kolleginnen,  
liebe Delegierte der 7. Bundesfrauenkonferenz,  
meine sehr verehrten Gäste,

für diejenigen hier im Raum, die mich nicht kennen möchte ich mich kurz vorstellen. Mein Name ist Sabrina Kunz. Ich bin 37 Jahre alt, seit 21 Jahren Polizistin und GdP-lerin in dem wunderschönen Rheinland-Pfalz. Ich war lange Jahre Vorsitzende der JG in RP und zum Schluss auch der JG Bund. Seit 2014 bin ich stellv. Landesvorsitzende der GdP RP und im Oktober kandidiere ich für das Amt der Landesvorsitzenden.

Ich befasse mich nunmehr seit fast 10 Jahren mit der Digitalisierung und ihren Chancen und Risiken für die Arbeit der Polizei, bzw. unserer GdP. Meine Masterarbeit an der Deutschen Hochschule

der Polizei in Münster habe ich im Jahr 2011 vor diesem Hintergrund auch der Thematik Ermittlungen in sozialen Netzwerken verfasst.

Ich konnte bereits in der letzten Woche anlässlich des int. Frauentages in Pirmasens einige Ausführungen – auch zum Thema Digitalisierung – machen.

Ihr seit in diesen zwei Tagen zusammengekommen, um Weichen für die Zukunft dieser GdP zu stellen. Bekanntermaßen ist Zukunft die Zeit, die subjektiv betrachtet, der der Gegenwart folgt. Aus diesem Grund habt ihr mit dem Schwerpunktthema den Zahn der Zeit getroffen. Ihr habt gestern einen Leitantrag und weitere Anträge zu dem Thema „Digitalisierung“ beschlossen. Das zeigt, dass das Thema „Arbeit 4.0“ in der Frauengruppe angekommen ist.

Es ist ein komisches Gefühl, hier und jetzt zu stehen und den Versuch zu wagen, auch die Dinge zu thematisieren, die sich Dagmar für meinen Beitrag gewünscht hätte. Leider haben wir es nicht mehr geschafft, ihre konkreten Vorstellungen im Vorfeld zu besprechen. Und gerade in den letzten Wochen habe ich noch einmal gemerkt, dass Dagmar dieser GdP, aber auch mir persönlich, fehlt. Dagmar hat mir während unserer gemeinsamen Zeit im Bundesvorstand mit ihrer Unaufgeregtheit, ihrem scharfen Verstand, ihrer Differenziertheit und sympathischen Auftreten ein

gutes Stück Erfahrung mitgegeben, wofür ich ihr bis heute sehr dankbar bin und auch immer dankbar sein werde.

Ich bin mir nach der Antragsdebatte von gestern ziemlich sicher, dass ihr die Wünsche, Ideen und Vorstellungen, welche Dagmar hatte, auch in Zukunft weiter mit Leben füllen und weiterentwickeln und aber auch neue Akzente setzen werdet. Ich hoffe, dass es mir in meinem Beitrag zumindest in Teilen gelingen wird, die zentralen Herausforderungen zu beschreiben und Motivation für die Gestaltung der digitalen Zukunft bei euch so zu wecken, wie Dagmar sich das gewünscht hätte und wie es für den anschließenden Markt der Möglichkeit von Nutzen ist.

Ich bin mir ziemlich sicher, dass Frauen die Verliererinnen der Digitalisierung sein können, wenn sie die Prozesse nicht aktiv mitgestalten.

Der Titel meines Beitrags suggeriert eine Konzentration auf die zentralen Herausforderungen der Digitalisierung auf die polizeiliche Arbeit – also auf die Phänomenologie und die Anforderungen an Prävention, Repression und polizeilicher Zusammenarbeit. Dies wäre nach meiner Einschätzung aber nicht das, was Dagmar sich für meinen Beitrag gewünscht hätte und wozu ich authentisch

sprechen könnte, da seid ihr sicherlich die Expertinnen. Hinweis auf HdP – Dozentin, AG DigiPol, HPR und GdP.

Einige von euch können sich sicherlich an meinen Vortrag zu „Macht und Mikropolitik“ in Organisationen erinnern. Dabei ging es seinerzeit um die Binnenbetrachtung der GdP. Diese Veranstaltung war Dagmar`s Intension für meinen Beitrag, insofern werde ich meinen Schwerpunkt auch darauf setzen. Dennoch werde ich versuchen, zunächst einmal die Facetten der Digitalisierung zu beleuchten, die uns als Polizeibeschnäftigte mittelbar oder unmittelbar betreffen.

Wenn man sich ein Thema erschließen möchte, hilft ja oft zunächst einmal die Annäherung über die Sprache, also den Wortlaut.

DIGITALISIERUNG! Ein Begriff, der schon fast zum „Unwort“ in unserer Gesellschaft geworden ist. Doch was ist Digitalisierung überhaupt? Wenn man sich selbst einmal die Frage stellt, woran man bei dem Begriff als erstes denkt, so fällt mir mein erstes Handy ein, was ich bekommen habe, als ich 1997 meine Ausbildung bei der Polizei RP begonnen habe. Ein Handy der Marke Samsung mit ausziehbarer Antenne (=> Hinweis auf Briefumschlag für SMS und Telefonie).

Und wenn man „Wikipedia“ bedient, dann lässt sich feststellen, dass die Digitalisierung im Grunde nach nichts anderes ist, als **der Wandel der analogen Werte – des analogen Lebens – in digitale Formate.**

Dabei stecken wir mittlerweile in einer **Digitalen Revolution.** Eine Revolution, die der der Industriellen Revolution in nichts nachsteht: dabei trifft sie das Gesellschafts-, Wirtschafts-, Arbeits- und Privatleben gleichermaßen wie die Wissenschaft und Forschung.

Wir wandeln uns von einer analogen Welt hin zu einer digitalen Welt. Dabei beeinflussen sog. Neue Medien zunehmend das Kommunikations-, Sozial- und Sprachverhalten und die Sprachkultur. Die Digitale Revolution betrifft das Wirken im Netz in seiner Gesamtheit – berufliche und private Dauerpräsenz in einer digitalen Parallelwelt.

9 von 10 Deutschen sind aktuellen Studien zufolge online. Das bedeutet, dass 62,4 Millionen Menschen der deutschsprachigen Bevölkerung ab 14 Jahre online sind, das macht einen Anteil von 89,8 Prozent. Täglich sind 72 Prozent der deutschen Gesamtbevölkerung online – das verändert die Gesellschaft.

Ein Blick ins Manifest der Digital Natives, welches bereits im Jahr 2009 veröffentlicht wurde, zeigt:

*„Das Virtuelle ist Teil der Realität, die Unterscheidung zwischen Arbeit und Privatheit wird in Teilen aufgegeben, die Digitalisierung ermöglicht es allen Menschen, Informationen zu verteilen, zu kommunizieren und sich auszutauschen.“*

Dabei umfasst „Digital Natives“ Personen der gesellschaftlichen Generation, die in der digitalen Welt aufgewachsen sind. Diese Generation wird die Gesellschaft und insbesondere auch die Polizei revolutionieren. Vorstellungen von Arbeit und Privatheit werden sich zunehmend verändern und polizeiliche Kultur wird sich diesen Veränderungen unweigerlich anpassen und anpassen müssen.

*„Polizei und Digitalisierung – Herausforderungen für die Polizei; Auswirkungen auf den polizeilichen Arbeitsalltag“* – ist der Titel meines Beitrages.

Herausforderungen beschreiben nach dem Duden einen Anlass, tätig zu werden bzw. eine Aufgabe, die einen fordert.

Die zentrale Frage ist demnach, welche Auswirkungen die Digitalisierung auf das polizeiliche Arbeitsumfeld hat und welche

Aufgaben daraus für die Polizei im Allgemeinen und die GdP im Speziellen wachsen? Ich habe mir einige wesentliche Aspekte ausgesucht und möchte euch ermuntern, mit mir einen Ausflug in die gesellschaftlichen Entwicklungen durch die Digitalisierung zu machen.

„*Man kann nicht nicht kommunizieren*“ – dieses Zitat von Paul Watzlawick dürfte den meisten von euch bekannt sein. Kommunikation findet immer und überall in jeder Gesellschaft statt. Und somit wird es auch ohne die Steintafel im Zuge der Digitalisierung nicht zum Niedergang der Kultur und Zivilisation kommen. Ich möchte die aus meiner Sicht **vier zentralsten Thesen** in diesem Zusammenhang ein wenig genauer betrachten:

⇒ **Schreiben ist das neue Reden**

WhatsApp, Twitter & Co. schaffen die Möglichkeit, Sprache der Neuzeit zu verschriften. Persönliche Interaktionsmuster verlagern sich vom Gespräch hin zum digitalen Dialog. Dabei wird Sprache neu definiert → Beispiel: WhatsApp- Gruppen der Studierenden oder Jodel! (Chancen für GdP erkennen!!!)

Was heißt das für Nachwuchsgewinnung und -Werbung?

Qualität der Bildungsarbeit in den Polizeien des Bundes und der Länder. Die Große Koalition setzt in im Koalitionsvertrag auf die Stärkung der Digitalen Kompetenzen für alle

Bürgerinnen und Bürger in einer modernen Wissensgesellschaft. Das bedeutet für die Polizeien des Bundes und der Länder, dass die Hochschulen und Akademien moderne Ausbildungsstätten werden müssen. Das Prinzip des Lebenslangen Lernens muss mit Leben gefüllt werden.

⇒ **Metadaten sagen mehr als 1000 Worte**

Daten helfen heute dabei, einen gesprochenen Inhalt auszudrücken und werden somit wichtiger als Inhalte. Die telefonische Mitteilung an jemanden darüber, dass man sich gerade im Bus befindet, wird ersetzt durch eine Statusmeldung bei WhatsApp oder in Kombination mit einem Foto bei Facebook. Dabei verraten Metadaten alles über eine Person und lassen gesprochene Inhalte zunehmend überflüssiger werden.

- Neue Tatbegehungsweisen
- Datenschutz = gläserner Mensch

⇒ **Kommunikation wird noch unbewusster**

Zu jeder Zeit, an jedem Ort und ohne Brüche werden Inhalte geteilt. Der aktuelle Ort, die aktuelle Zeit, die Kleidung, der Blutdruck, die Laufdaten des Runmeter und weitere Aktivitäten können und werden live mitgeteilt. Entsprechende



Voreinstellungen ermöglichen, dies zu tun, ohne aktiv zu werden.

⇒ **Kommunikation wird dokumentierbarer**

Was in einem persönlichen Gespräch den Charakter von Vertraulichkeit und Anonymität hatte, wird im Zuge der Digitalisierung dokumentierbar und für jedermann unter Umständen jederzeit abrufbar.

Ihr seht: das Kommunikationsverhalten hat sich grundlegend geändert und beeinflusst unweigerlich die Interaktion zwischen der Polizei und den Bürgerinnen und Bürgern, aber auch die Kommunikation innerhalb der Polizei. Bürgerbeteiligung wird sich grundlegend ändern müssen, um die aus der Digitalisierung resultierende Erwartungshaltung der Menschen zu befriedigen.

**Bürgerbeteiligung:**

Die Erwartungen der Bevölkerung an die Transparenz staatlichen Handelns – wie auch an die Kommunikation und Information mit staatlichen Stellen – sind erheblich gestiegen. Viele Bundesländer werden diesem Anspruch mit sog. Transparenzgesetzen oder Informationsfreiheitsgesetzen gerecht. Einfach übersetzt könnte man auch sagen, dass wir auf dem Weg zu einer „gläsernen Verwaltung“ sind. Dabei müssen wir als Gewerkschaft darauf

achten, dass im dem Spannungsfeld zwischen Freiheit und Sicherheit taktische und praktische Erfordernisse nicht dem Transparenzgedanken geopfert werden und dass die Persönlichkeitsrechte unserer Kolleginnen und Kollegen hinreichend geschützt sind.

Polizeiliche Alltagssituationen werden mobil von Passanten aufgezeichnet und in Sekundenschnelle im Internet verbreitet. Dabei werden Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte Opfer der Digitalisierung und des massenmedialen Verhaltens in den sog. Sozialen Medien. Im Verständnis über eine moderne Bürgerpolizei muss der Dialog mit den Menschen vor diesem Hintergrund auch in den Neuen Medien stattfinden. Moderne und kreative Ideen – wie z.B. die Einstellung von Fachkräften, wie Online-Journalisten – sind hier längst überfällig.

Das Programm „Digitale Agenda 2014-2017“ der Bundesregierung bekannte und bekennt sich zur Digitalisierung in allen Lebensbereichen. Zeitgemäße digitale Verwaltungsangebote sollen den Staat zum Vorbild machen. Dabei geht das Programm von folgenden Szenarien aus:

- Flexiblere Arbeitszeitmodelle und familienfreundliche Arbeitsformen

- Auswirkungen der Digitalisierung auf die betriebliche Mitbestimmung

In einer strengen Hierarchie, die von dem beamtenrechtlichen Grundsatz zur Einhaltung des Dienstweges begleitet wird, braucht es klare Kommunikationsregeln in der digitalen Welt. Was analog gilt, muss“ auch digital gelten. Was digital nicht gilt, muss in der analogen Welt auf Aktualität hin überprüft werden. Eine Hierarchie ohne Dienstweg macht dabei jedoch keinen Sinn. Es braucht aber auch die Ausstattung mit den notwendigen Hard- und Softwareprodukten, um den Dienstweg zukunftsfähiger, moderner, effektiver und vor allem schneller zu gestalten.

In der basisdemokratischen Orientierung der Gewerkschaft der Polizei bedeutet dies, dass sich Basisdemokratie in der GdP digitalen Entwicklungen nicht verschließen darf, wenn wir uns zukunftsfähig aufstellen wollen. Unsere Versammlungs- und Sitzungsordnung folgt auch heute noch im Wesentlichen einer Präsenz- und Anwesenheitskultur, welche sicherlich meist sinnvoll ist, nicht aber in jedem Fall auch notwendig. Wir kennen dieses Phänomen auch aus dem polizeilichen Besprechungswesen.

**Geglückte Kommunikation setzt voraus, dass man – trotz Automatisierung – am Ende stets weiß, was man sagt, wie man**

**es sagt und wem man es wie sagt!!! Daraus wachsen große Anforderungen an die Medienkompetenz unserer Kolleginnen und Kollegen, aber auch unserer Führungskräfte.**

Neben der Kommunikation halte ich jedoch auch Ausführungen zu einer sich möglicherweise ändernden Diskussionskultur für wichtig. Vor über 200 Jahren wurden zur Gewährleistung einer „reinen Demokratie“ die sog. Londoner Debattierclubs gegründet. Mit strengen Sprachregeln und Ritualen wurde so eine Streitkultur entwickelt und gelebt, welche der intellektuellen Oberschicht vorenthalten war.

Die Digitalisierung führt die politische Debatte ins Herz der Gesellschaft. Dabei ist die Streitkultur eben nicht mehr elitär und intellektuell aufgeladen, sondern der demokratische Streit ist bei den Menschen. Dadurch fehlt es an Steuerungs- und Moderationsmechanismen. Meinung und Information sind emotional und subjektiv geworden. Darin verbergen sich Chancen und Risiken gleichermaßen. Demokratie und Mitbestimmung wird dadurch selbstbestimmter. Im Spannungsfeld zwischen Partizipation auf der einen Seite und populistischen Strömungen auf der anderen Seite müssen Regularien gefunden werden.

Einige Beispiele, die mir in den Sinn kommen, könnten sein:

- Eine Stärkung der Medienkompetenz
- Stärkung des Urheberrechts
- Vernünftige und verständliche Regelung zum Daten- und Verbraucherschutz
- Bildung und Forschung

### **Digitalisierung der Arbeitswelt insgesamt:**

Zu den Auswirkungen der Digitalisierung in der Arbeitswelt 4.0 haben wir von Welf Schroeter gehört. Ich möchte aus diesem Grund einen engeren Blick auf die Polizei werfen und in der Binnenbetrachtung auch einige Ausführungen zu der Arbeit der und in der Gewerkschaft der Polizei machen.

### **Polizeiliches Handeln:**

Die Koalitionspartner der Großen Koalition geben politisch die Marschrichtung der Digitalisierung vor.

Im Koalitionsvertrag heißt es dazu: „**Wir wollen unser Land in allen Bereichen zu einem stärktem Digitalland entwickeln.**“

Die Ziele sind für die digitale Sicherheitsarchitektur richtungsweisend. Um ein paar Beispiele zu nennen:

- Mehr Sicherheit im Cyberraum
- Mehr Bürgernähe durch eine moderne, digitale Verwaltung

- Einen Rechtsrahmen, der Bürgerrechte garantiert, einen Ausgleich von Freiheit und Sicherheit leistet und gleichzeitig mehr Innovation ermöglicht.

Dabei stehen alle Bemühungen des Koalitionsvertrages unter Finanzierungsvorbehalt der Schuldenbremse. Was dies in der Realität heißt, mag sich jeder hier im Raum selbst ausmalen.

Neue Tatbegehungsweisen und Phänomene stellen die Polizei im Bereich Cybercrime vor erhebliche Problemstellungen. „Vor die Lage zu kommen!“, fällt uns insbesondere aufgrund der Globalisierung und Internationalität von Kriminalität und der Massedaten immer schwerer. Die Einführung neuer digitaler Ermittlungsmethoden wird unweigerlich zu einer Arbeitsverdichtung führen. Techniken ermöglichen neue Ermittlungsansätze und bereits im Jahr 2006 hat das BVerfG darauf hingewiesen, dass staatliche Organe mit dem technischen Fortschritt Schritt halten müssen.

Wir sind zu langsam, weil wir nicht digital genug sind. Wir können Straftaten nicht aufklären, weil die digitale Welt sie schützt. Wir müssen uns neue Kompetenzen erwerben, weil die digitale Welt zu schnell voranschreitet und uns damit vor Herausforderungen stellt. Auch hier zeigt sich Enttäuschung über den Koalitionsvertrag. In 9

von insgesamt annähernd 8300 Textzeilen widmen sich die Koalitionspartner der Cybersicherheit. Die Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern bei der Cyberabwehr muss ausgebaut werden. Strafbarkeitslücken, beispielsweise bei der Ahndung von Delikten, wie z.B. dem Betreiben eines Darknet-Handelsplatzes für kriminelle Waren und Dienstleistungen, müssen geschlossen werden, der Datenaustausch verbessert und die Dienststellen technisch und personell so ausgestattet werden, dass Verstöße entsprechend abgearbeitet werden.

Oft fehlt es an rechtlichen Voraussetzungen, technischen Möglichkeiten, der notwendigen Aus- und Fortbildung oder einfach an dem zur Bewältigung der Aufgaben notwendigen qualifizierten Personal. Das traditionelle Beamtentum und ein in die Jahre gekommenes Tarifrecht erschweren die Bewältigung des Fachkräftemangels innerhalb der Polizei.

So fehlt es oft an Einstiegsanreizen, an Aufstiegs- und Weiterentwicklungsmöglichkeiten; die Besoldungs- und Entgeltstruktur der öffentlichen Verwaltung ist im Kampf um die besten Köpfe nicht mehr konkurrenzfähig, zudem sind dringende Investitionen in Hard- und Software von Nöten. Ein Aspekt bei der Einführung von Hard- und Software ist die sog. „Hard- und Software-Ergonomie“. Bei der Einführung neuer Produkte in der

Polizei müssen Anwenderfreundlichkeit und Tauglichkeit durch die potentiellen Anwenderinnen und Anwender bewertet werden und eben nicht durch diejenigen, die eben nicht alltäglich damit arbeiten müssen.

Der Grundsatz „die Taktik bzw. die Praxis folgt dem Recht“ stellt uns tagtäglich vor weitere Problemstellungen. Zum einen ist die technische Entwicklung schneller als die Gesetzgebung, zudem führen Globalisierung und Internationalität von Kriminalität im digitalen Raum zu praktischen Problemstellungen, wie z.B. Erschwernisse im Rahmen der Rechtshilfe, stringente Regelungen zum Datenschutz, Zuständigkeitsgerangel und viele Dinge mehr. Polizei und Justiz wurden über Jahre handlungsunfähig gespart. Im Bereich der Justiz sind umfassende Maßnahmen zur Digitalisierung geplant. Das BKA soll künftig das „zentrale Datenhaus“ im polizeilichen Informationsverbund werden. Der Datenaustausch zwischen Polizei und Justiz soll verbessert werden. All dies sind dringend notwendige Bemühungen, die jedoch nicht nur leere Worthülsen bleiben dürfen. Hier müssen wir uns einfordern, dass alle gute Absichten konkret mit Leben gefüllt werden.

Im Bereich der Information und Kommunikation arbeiten viele Dienststellen auf dem Niveau der 90-er Jahre. Moderne



Überlegungen, wie z.B. die Zentralisierung des Notruf- und Einsatzmanagements und neue Einsatzleitsysteme dürfen dabei jedoch nicht zu einem weiteren Abbau der Personalstärken in den Dienststellen führen. Sondern sie müssen vielmehr dort eine Entlastung schaffen, wo sie zu mehr Effizienz und Effektivität führt.

Die persönliche Ausstattung mit mobilen Endgeräten für alle Kräfte des operativen und nicht-operativen Dienstes muss das Ziel sein, denn nur so verlieren unsere Kolleginnen und Kollegen auch nicht den Anschluss an das digitale Zeitalter.

Die Digital Natives machen es uns vor: das Leben ist digital geworden und der Staat findet – insbesondere in der Exekutivgewalt – digital kaum statt. Und wenn die Dienstherren die Möglichkeiten nicht schaffen, werden andere Möglichkeiten genutzt, wie z.B. Private Endgeräte. In dem Bewusstsein darüber wird dies oft stillschweigend akzeptiert und den Kolleginnen und Kollegen das Risiko übertragen. Wenn den Beschäftigten die notwendige Hardware nicht zur Verfügung gestellt wird, gehört das Haftungsrisiko im „Banne des Dienstes“ auch zu dem Pflichtenkreis der Dienstherrn.

Dies gilt ebenso für die Dienstvereinbarungen zur Nutzung von E-Mail-Programmen. Noch heute wird die Kommunikation der dienstlichen E-Mail-Adresse an externe Kontakte durch

Dienstvereinbarungen oder Dienstanweisungen in vielen Bundesländern untersagt. Ist das zeitgemäß, wenn Kommunikation aus diesem Grund nicht möglich ist und dienstliche Postfächer im Datenvolumen auf 50MB begrenzt werden?

Mobiles Arbeiten schafft Flexibilität und Individualität in der täglichen Arbeitsbewältigung. Sichtworte, wie z.B. digitale Aktenführung, bargeldloses Zahlen und öffentliche W-LAN-Netzwerke sind in der Gesellschaft längst Selbstverständlichkeiten geworden, die öffentliche Verwaltung – und insbesondere die Polizei – hinken hier mit traditionellen Verwarnungsgeldblöcken jedoch deutlich hinterher. Die Koalitionspartner wollen das mobile Arbeiten fördern und erleichtern – wir werden die politisch Verantwortlichen daran erinnern, wenn es darum geht, als Vorbild voranzugehen.

Mit dem Gesetz zur Förderung der elektronischen Verwaltung im Jahr 2013 wurde der Begriff E-Government geboren. E-Government bezeichnet die Abwicklung geschäftlicher Prozesse im Zusammenhang mit dem Regieren und Verwalten mit Hilfe von Informations- und Kommunikationstechniken über elektronische Medien. Information, Kommunikation und Transaktion sollen – so die Theorie – über elektronische Medien erfolgen. Dabei spricht das Gesetz lediglich den Bund an. Ausgenommen sind zudem die

Strafverfolgung und die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten. Würde doch gerade hier E-Government eine deutliche Entlastung für die Ermittlungs- und Justizbehörden schaffen.

### **Presse- und Öffentlichkeitsarbeit:**

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit – wie sagt man so schön „nach innen und außen“ – hat durch die Digitalisierung und eine sich veränderte demokratische Diskussionskultur – neu an Bedeutung gewonnen. Viel zu langsam können die Sicherheitsbehörden darauf reagieren und viel zu oft sind Bestrebungen in diesem Bereich von individuellen Interessen und Neigungen Vorgesetzter abhängig.

Die Beschäftigten verdienen im Zuge der Fürsorge ihres Dienstherrn, bzw. ihres Arbeitgebers, ein proaktives Krisenmanagement, Rückendeckung und mediale Unterstützung, wenn sie in den sog. sozialen Medien in Kritik geraten oder einem shit-storm ausgesetzt sind.

Zudem haben die Bürgerinnen und Bürger unserer Informationsgesellschaft einen Anspruch auf eine moderne, dem gesellschaftlichen Fortschritt folgende, und sich zukunftsicher aufstellende Polizei. Aus diesem Grund sind Facebook, Twitter &

Co. die Ansage in die Zukunft der polizeilichen Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, ohne dabei traditionelle Medien zu vernachlässigen und Bewährtes aufzugeben.

Der Staat ist nur leistungsfähig, wenn er von den Bürgerinnen und Bürger in seiner Dienstleistungsfähigkeit wahr- und ernstgenommen wird. Es braucht dafür moderne Instrumente und eine Anpassung an gesellschaftliche Innovation. Instrumente zur Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung können jedoch nur ergänzende Kanäle sein. Keinesfalls dürfen digitale Wege den persönlichen Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern ersetzen, dann stellen wir unser Berufsbild zunehmend in Frage. Die Polizei genießt ein hohes Maß an Vertrauen in die Bevölkerung; dies ist geprägt durch persönliche Präsenz und Ansprechbarkeit.

### **Arbeitszeit:**

Die Digitalisierung der Arbeitswelt führt zu einer Entgrenzung von Arbeitszeit und Privatheit / Freizeit. Die öffentliche Verwaltung – und insbesondere die Polizei – werden Gewohnheiten aufgeben müssen. Noch heute leben wir in einer starken Präsenz- und Anwesenheitskultur. Gut ist nur, wer immer da ist und wer nicht immer da ist, ist eben nicht gut.

Starre Arbeitszeitmodelle müssen abgeschafft werden und neue flexible Regelungen geschaffen werden. Globales Arbeiten unter Inkaufnahme unterschiedlicher Zeitzonen kann und muss auch in der Öffentlichen Verwaltung möglich werden, um den Anschluss um den Kampf um die besten Köpfe nicht zu verlieren. Orts- und zeitungsunabhängige Arbeitsplätze sind auch in der Polizei möglich (→ mein eigenes Beispiel).

Aber wichtig ist in diesem Zusammenhang auch, dass die Arbeitszeit, die geleistet wird, auch tatsächlich erfasst und vergütet wird.

Und auch der Streifenwagen ist ein Arbeitsplatz, der mobiles Arbeiten ortsunabhängig möglich machen kann. Dafür braucht es notwendige Investitionen. Mit der AG Mobiles Arbeiten wagt das Land Rheinland-Pfalz den Schritt in die richtige Richtung, aber die Dauer von Pilotphasen führt dazu, dass Innovation die Polizei links und rechts überholt.

Den Menschen sehen, eine Vertrauenskultur entwickeln und jedem Beschäftigten – so weit wie es geht – eine größtmögliche Vereinbarkeit von Beruf und Leben ermöglichen – das muss die Zukunft in den Polizeien des Bundes und der Länder werden. Dies jedoch, ohne den Auftrag aus dem Auge zu verlieren und traditionell Bewährtes aufzugeben. Aus diesem Grund müssen bei

der Digitalisierung in den Polizeien des Bundes und der Länder – aber auch in der GdP - alle Generationen mitgenommen werden.

Das digitale Arbeiten schafft die Möglichkeit, flexibler und selbstbestimmter zu arbeiten. Dadurch steigen die individuelle Produktivität und letzten Endes die Berufszufriedenheit. Ein Teufelskreis, der durchbrochen werden muss – weg von der Präsenzkultur hin zu einer digitalen Arbeitskultur.

Während wir in den Dienststellen noch immer die mangelnde Vereinbarkeit von Familie und Leben beklagen, haben andere Berufe schon längst erkannt, dass das Arbeiten orts- und zeitunabhängig die Menschen produktiver und zufriedener macht und damit langfristig auch gesünder.

Das Gefühl „mit der Gesellschaft nicht mehr Schritt halten zu können“, weil die dienstlichen Rahmenbedingungen es nicht zulassen, wird unsere Kolleginnen und Kollegen auf Dauer unzufrieden und krank machen, wenn wir hier nicht reagieren.

Hier erhoffe ich mir insbesondere in den nicht operativen Diensten den Mut im Zuge von Arbeit 4.0 kreative Ideen zu entwickeln und mit teilzeitbeschäftigten Kolleginnen – aber ausdrücklich auch Kollegen – zu testen.

- Reduzierung von Präsenzzeiten am Arbeitsplatz
  - Verbesserte Vereinbarkeit von Leben und Beruf
  - Gestaltung einer gesunden „Work-Life-Balance“
  - Anpassung der Arbeitszeit an aktuelle und persönliche Lebenssituation

Liebe Kolleginnen,

wir werden in der Digitalen Welt noch flexibler arbeiten. Es darf aber nicht länger eine Einbahnstraße für die Arbeitgeber sein, sondern es braucht politische Regeln für die neuen Technologien und digitalen Medien. In der analogen Welt werden gesellschaftliche Werte und Normen durch unsere Verfassung als Rahmen formuliert.

Unsere Strukturprinzipien, allen voran unser demokratischer Rechtsstaat, muss mit all seinen Facetten auch digital gelten. In der wirklichen Welt werden Straßen gebaut und in der Straßenverkehrsordnung wird geregelt, wie sich auf den Straßen zu verhalten ist. Das muss auch in der digitalen Welt gelten.

Der Staat hat die Pflicht, die notwendigen „Straßen“ zu bauen und die digitale Infrastruktur zu schaffen. Darüber hinaus muss er auch die Regeln formulieren, die in der digitalen Wirklichkeit Geltung haben müssen und unserer freiheitlichen-demokratischen

Grundordnung entsprechen. Regelverstöße müssen sanktioniert werden und dürfen nicht der „Community“ überlassen werden.

### **Betriebliche Mitbestimmung:**

Lasst mich zum Schluss noch einige Anmerkungen zur betrieblichen Mitbestimmung machen. Bei allen Überlegungen zur Digitalisierung in der Arbeitswelt muss der Mensch im Mittelpunkt der Überlegungen stehen. Die Entgrenzung von Arbeit und Privatheit darf nicht zu Lasten der Beschäftigten gehen. Aus diesem Grund braucht es den von mir bereits mehrfach angesprochenen gesunden Ausgleich von Arbeit und Freizeit. Den Erwartungen an ständige Erreichbarkeit und kurze Reaktionszeiten der Beschäftigten ist eine klare Absage zu erteilen. Dies gilt ebenso für die Inkaufnahme psychischer Belastungen. Arbeits- und Gesundheitsschutz müssen auch in der digitalen Arbeitswelt gelten. Zudem sind das Betriebsverfassungsgesetz und die Personalvertretungsgesetze den veränderten Bedingungen der digitalen Welt anzupassen. Dabei müssen Rechtsbegriffe angepasst und die Schutz- und Mitbestimmungsrechte auf neue, flexibilisierte Arbeitsformen, wie etwa Cloudworking, Homeoffice, Telearbeit und mobiles Arbeiten, ausgeweitet werden.

Man braucht im Rahmen der Digitalisierung auch die Fähigkeit den richtigen Rahmen zu erkennen, der tatsächlich für die Polizei, aber



auch für die Gewerkschaft der Polizei, sinnvoll ist. Nicht all das Ganze ausnutzen, was möglich ist, sondern das nutzen, was wirklich sinnvoll ist. Das stellt uns vor die Problematik, was geht eigentlich und was davon bringt uns auch in unserer Arbeit und die gesamte Organisation weiter.

Unser Ziel als Gewerkschaft muss es sein, die Digitalisierung im Sinne unserer Kolleginnen und Kollegen aktiv zu gestalten und die Voraussetzungen für gute Dienstleistungen und gute Ermittlungsarbeit im digitalen Zeitalter zu schaffen.

In diesem Sinn danke ich euch für die Aufmerksamkeit und wünsche uns nun noch gute Diskussionen!